

Mai zeitung 2016

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Höchste Zeit für mehr Solidarität

Nach Angaben der UNO betrug die Zahl aller gewaltsam vertriebenen Menschen auf dem Globus 60 Millionen. Fluchtursachen sind Kriege, Umweltkatastrophen, Landvertreibungen, Armut und Hungersnöte. Längst haben die globalen Fluchtursachen auch Europa erreicht. Vor allem in den Ländern des südlichen Europa, in Griechenland, Portugal und Spanien ist das durchschnittlich verfügbare Einkommen im Vergleich zu dem in anderen EU-Staaten deutlich zurückgegangen. Und auch in Deutschland findet die globale Verschärfung der Kluft zwischen Arm und Reich ihren Niederschlag: Die Bundesrepublik ist in den vergangenen Jahren zu einem der ungleichsten Länder unter den Industriestaaten geworden.

Menschlicher Blick auf Notlagen?

Im Herbst 2015 schien es, dass sich in Deutschland ein menschlicher Blick auf globale Notlagen durchsetzt. Insbesondere das Schicksal der Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien fand medial große Beachtung. Der Fokus auf Syrien verdeutlichte aber schon damals, dass der eurozentristische Blick ungebrochen war. Interessant waren die Flüchtlinge, die irgendwie eine Chance ha-

sich auf die Suche nach Frieden, nach Sicherheit, nach einer Lebensperspektive. Dabei haben wir viele Krisen gar nicht im Blick. Nur zwei Beispiele: Auf den Philippinen raubten die Taifune „Haiyan“ und „Trami“ über fünf Millionen Menschen ihr Zuhause und machten sie zu Binnenflüchtlingen. Im Süd-Sudan tobt ein blutiger Bürgerkrieg, der 1,5 Millionen Menschen zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht hat. Hier könnte sich eine lange Liste weiterer Beispiele anschließen. Die meisten dieser Flüchtlinge kommen nicht

Hektar fruchtbarer Boden wurden seit 2001 in den Entwicklungsländern Afrikas und Lateinamerikas von ausländischen Unternehmen aufgekauft oder langfristig gepachtet. Dieses „Landgrabbing“ macht unzählige kleinbäuerliche Familien zu Flüchtlingen im eigenen Land. Zu dieser skandalösen Politik kommt noch eine Wirtschaftspolitik, die z.B. dazu führt, dass Hähnchenfleisch aus der EU in Westafrika billiger ist als einheimisches. Wer auf solche Weise nationale Ökonomien zerstört, schafft neues Flüchtlingsland. Als weitere Fluchtursache darf nicht vergessen werden: Die Rüstungskonzerne der Industrieländer, an exponierter Stelle Deutschland, verdienen im großen Stil an Waffenlieferungen in Krisenregionen, und die im Namen von Demokratie und Menschenrechten betriebenen militärischen Interventionen der vergangenen Jahre haben zum Zerfall u. anderem von Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und Somalia entscheidend beigetragen und die Ausweitung rechtsfreier Räume beschleunigt.

auf Kosten großer Teile der Bevölkerung, haben in Deutschland zu einer massiven sozialen Schieflage geführt. Löhne und Gehälter wurden nicht angemessen erhöht. Vor diesem Hintergrund findet die Aufnahme von Flüchtlingen statt, die vielfach erst durch freiwillige Helfer/innen möglich geworden ist. Sie setzen gegen dumpfe Ausländerfeindlichkeit ein starkes Zeichen der Menschlichkeit und Solidarität, können aber auf Dauer nicht den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleisten. Es kommt jetzt darauf an, eine Politik zu entwickeln, die die Aufnahme der Flüchtlinge mit einer deutlichen Verbesserung der sozialen Lage aller Menschen in Deutschland verbindet. Es muss verhindert werden, dass Flüchtlinge und benachteiligte Menschen hierzulande gegeneinander ausgespielt werden. Eckpunkte einer solchen Politik müssten sein:

- Deutliche Anhebung der Hartz IV Sätze
- Stabilisierung des Rentenniveaus
- Mindestlohn auch für Flüchtlinge
- Mehr Ausbildungsplätze
- Bezahlbarer Wohnraum
- Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst
- Deutliche Anhebung von Löhnen und Gehältern

Diese Maßnahmen kommen allen zugute. Sie sind aber nur möglich, wenn Abschied genommen wird von der Politik der schwarzen Null, wenn wieder in Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und Personal investiert wird. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Abkehr von den neoliberalen Dogmen der Vergangenheit.



ben, nach Europa, nach Deutschland zu gelangen. Auf die Welle der Hilfsbereitschaft, auf das „Wir schaffen das!“ folgten dann aber schnell wieder die Bilder der „Flüchtlingswelle“ oder der „Flut“ und spätestens mit den medial aufgebauten Ereignissen der Silvesternacht in Köln verdrängten Bedrohungsszenarien im Mainstream der Presse wieder die Berichte, die geeignet waren Empathie für Menschen in Not zu wecken.

Beschämende Diskussion

Aktuell steht in den deutschen Medien wieder die Frage im Mittelpunkt, ob und wie es gelingt, den Zuzug von Flüchtlingen zu stoppen. Diese Politik, diese Richtung in der Diskussion, geht aber an den tatsächlichen Problemen völlig vorbei. Täglich werden weltweit über 40.000 Menschen zu Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden. Sie begeben

nach Europa. Sie haben weder Geld noch Kraft sich auf die Reise zu begeben. So hat der Libanon bei knapp fünf Millionen Einwohnern über eine Million Flüchtlinge aufgenommen, 232 Flüchtlinge auf 1000 Einwohner. Um gleiches zu leisten, hätte Deutschland in den vergangenen vier Jahren 18,5 Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssen. Vor diesem Hintergrund treibt ein die deutsche Diskussion die Schamesröte ins Gesicht.

Fluchtursachen in den Blick nehmen

Auch der Blick auf die Fluchtursachen gerät in Deutschland meist zu kurz und blendet unsere eigene Verantwortung nämlich die aus Kolonialismus, wirtschaftlicher Hegemonie und neoliberaler „Strukturanpassung“ hervorgegangenen nationalen europäischen und weltweiten Ungleichheiten aus. 220 Millionen

Armut – ein weltweites Problem

Armut und soziale Ungerechtigkeit nehmen weltweit zu. Global besitzen nach Angaben des „Stern“ 62 Superreiche so viel wie 3,5 Milliarden Menschen zusammen und in Deutschland verfügen zehn Prozent der Haushalte über 52 Prozent des Besitzes. Auch bei guter wirtschaftlicher Entwicklung verharrt nach Angaben des neusten Armutsberichts der Bundesregierung die Armutsquote mit 15,4% in Deutschland auf hohem Niveau, die Kinderarmutsquote bei 19 Prozent und die Armutsquote Alleinerziehender bei 42 Prozent. Alarmierend ist die Entwicklung bei Rentnerhaushalten, sie sind erstmalig mit 15,6 Prozent überdurchschnittlich von Armut betroffen.

Mehr Solidarität

Der Sozialabbau nicht nur durch die Hartz-Gesetze und eine Sparpolitik

AUS DEM INHALT:

Sonntagsschutz	S. 2
AöR: Bürgerbegehren stattgeben!	S. 3
AfD - Keine Alternative für Deutschland	S. 4
Disziplinarverfahren einstellen!	S. 5
TTIP - CETA - TISA	S. 6

1. Mai Kundgebung 10:30 Uhr Rüsselsheim Löwenplatz

Bernd Schiffer, DGB Ortsverband Rüsselsheim
Prof. Dr. Franz Segbers, Sozialethiker
Susanne Wallitzer, ver.di Städtesservice Raunh./Rüsselsheim
Bernd Heyl, GEW Kreisverband Groß-Gerau
Herbert Debus, Aktionsbündnis Kreis Groß-Gerau
„TTIP & CETA STOPPEN!“

13:00 Uhr Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
mit Musik sowie Essen und Getränken

Vorabendveranstaltung: 29. April, 19:00 Uhr

Haus der Kirche Katharina von Bora, Marktstr. 7

„Was tun gegen rechts?“ – Rüsselsheimer Initiativen für
Demokratie und Toleranz stellen sich vor

V.l.S.d.P.: Bernd Schiffer, DGB Ortsverband Rüsselsheim



Systemkritik aus Liebe

Papst Franziskus' radikale Nachfolge im Dienst der Armen

Seit 2013 ist er im päpstlichen Amt. Seine Aufmerksamkeit und Sorge gilt den Benachteiligten und von Armut bedrängten, geknechteten Menschen, „urbi et orbi“, also vor Ort und weltweit. Ohne Berührungängste und auf Augenhöhe begegnet Franziskus den Menschen. Er beschreitet unkonventionelle Wege, um in Krisengebieten für Versöhnung, Verständigung und Frieden einzutreten. Und: Er macht ernst mit dem Evangelium. Er dient.

Gesten der Barmherzigkeit folgen klare Worte und Taten für eine gerechte und solidarische Welt: Mahnende Appelle angesichts des Dramas von Lampedusa zum menschlichen Umgang mit Geflüchteten, klare Ansagen im Weißen Haus und ein Besuch auf Cuba, ein Gespräch mit Raul Castro. Insbesondere die himmelschreiende Ungerechtigkeit in der Verteilung von Reichtum, der systematische Raubbau an Mensch und Natur und die katastrophalen Folgen von Krieg und Elend eines entfesselten Kapitalismus auf Kosten der Schwachen veranlassen Papst Franziskus zu einer umfassenden Systemkritik. Er mahnt zur radikalen Umkehr: Kirchenintern weg von Selbstbezogenheit hin zu einer den Menschen und der Welt zugewandten diakonischen Kirche. Gesellschaftlich mahnt er zur Abkehr von einer „Wirtschaft, die tötet“ und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur gegen rücksichtslose Verschwendung und die Vermarktung von Lebensgütern wie Wasser auf Kosten ganzer Völker.

Nein zur Vergötterung des Geldes

Mit ungewohnter Schärfe nennt der Papst Ursachen von Armut und Ungerechtigkeit. Er weist die Mächtigen dieser Welt in die Pflicht. Bei Besuchen und Gottesdiensten benennt er schonungslos Missstände und ist solidarisch mit den Opfern. Mit der Veröffentlichung seines Apostolischen Schreibens *Evangelium Gaudium* (EG) und der Sozial- und Umweltzyklika „*Laudato si'*“ (LS) dokumentiert Papst Franziskus die Notwendigkeit des Umdenkens, „schwarz auf weiß“. Unmissverständlich prangert er Gier als Grund von Elends-

zuständen an und attestiert eine „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ (EG 38). Sein Zuspriechen an die Armen findet Ausdruck im „Nein“: Er sagt „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ (EG 53), „Nein zur neuen Vergötterung des Geldes“ (EG 55) und „zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen“ (EG 57) sowie „Nein zu einer sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt“ (EG 59). Sein Plädoyer für eine gerechte Welt und den solidarischen Umgang mit Mensch und Natur, hat Furore gemacht. Die Botschaft ist klar: Die Armut der Menschen ist Versäumnis einer Gesellschaft, die blind den Gesetzen des freien Marktes und dem Wachstumsdenken folgt. Der Schrei der Armen und der Angriff auf das kapitalistische System aus dem Mund eines Papstes wurden gehört. Wenig schmeichelnde Ungerechtigkeiten haben in Kreisen der Wirtschaft und Politik ein solches Aufsehen erregt. Ganz offensichtlich hat der Papst einen neuralgischen Punkt getroffen. Seine Worte bringen Empörung und Segen: Segen vor allem für die Ärmsten dieser Welt, ihnen hat der Papst eine Stimme gegeben. Segen und Unterstützung für die, die sich für die Würde aller Menschen, die Bewahrung der Schöpfung, für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

Solidarität bedeutet für Franziskus dies: „Dem Armen das zurückgeben, was ihm zusteht“ (EG 189): Darin liegt Auftrag, Erkenntnis und Bekenntnis: Wir alle gehören einer Menschheitsfamilie an. Wir tragen Verantwortung. Verstrickt in einem System der Ungleichheit stehen auch wir mit in der Schuld. Zugunsten des fahrlässigen oder sogar bewusst inszenierten Überflusses werden unzählige Menschen in Elend gezwungen und ganze Generationen um ihr Leben betrogen. Wir stehen in der Schuld auch unserer Kinder und Enkelkinder, denen wir eine zerstörte, krisengeschüttelte Umwelt hinterlassen. All das verpflichtet uns, aufzustehen und endlich denen Recht zu verschaffen, die wir systematisch berauben.

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorgerin Rüsselsheim

Sonntagsschutz hat Recht!

Ein „Wort zum Sonntag“ für den arbeitsfreien Sonntag

v. 11. November 2015) die rechtlichen Anforderungen an Sonntagsöffnungen noch mal wesentlich verschärft. Dabei begründet das BVerwG, dass ihre eigene bisherige Rechtsprechung dazu dem Sonn- und Feiertagsschutz nicht hinreichend gerecht wird:

- Die bisherige Rechtsprechung des BVerwG, wonach es für die Zulässigkeit einer Sonntagsöffnung aufgrund einer Veranstaltung genügt, dass die Anlassveranstaltung einen erheblichen Besucherstrom auslöst, wird dem verfassungsrechtlichen Schutz der Sonn- und Feiertage nicht hinreichend gerecht und verlangt eine weiterführende Einschränkung.

- Eine Sonntagsöffnung mit uneingeschränktem Warenausgang aus Anlass einer Veranstaltung (Markt) ist nur zulässig, wenn die Veranstaltung selbst für den Sonntag prägend ist. Die Sonntagsöffnung darf also nach den gesamten Umständen lediglich als Annex zur Anlassveranstaltung wahrgenommen werden.

- Eine prägende Wirkung setzt regelmäßig voraus, dass die Veranstaltung ohne die Sonntagsöffnung mehr Besucher anziehen würde als die alleinige Sonntagsöffnung. Dieser Einschätzung muss auch bei erstmals stattfindenden Ereignissen eine schlüssige und vertretbare Prognose zugrunde liegen.

- Eine prägende Wirkung kann auch nur dann angenommen werden, wenn ein enger räumlicher Bezug zwischen Veranstaltung und geöffneten Geschäften besteht, die Öffnung also auf das unmittelbare Umfeld der Veranstaltung begrenzt bleibt.

- Ist die Verkaufsfläche der Geschäfte, die geöffnet haben können, ungleich größer als die Fläche des Marktes, der als Anlass für die Sonntagsöffnung dient, spricht schon dies gegen eine prägende Wirkung des Marktes. Gleiches gilt für die räumliche Reichweite der Ausnahmeregelung im Verhältnis zum räumlichen Ausmaß der Anlassveranstaltung.

- Der Bezug zwischen Anlassveranstaltung und Öffnung kann im Übrigen dadurch hergestellt werden, dass die Öffnung auf bestimmte Handelszweige beschränkt wird.

Ermutung zum Weitermachen

Im Ringen um die Bewahrung des Sonntags ist damit ein weiterer Schritt getan. Doch gilt: Der Sonntag braucht weiterhin aktiven Schutz. Gefordert sind wir alle - mit Widerstand! Denn - provokant formuliert: „Wer in Zukunft sonntags arbeiten will, der muss nichts tun“.

Ingrid Reidt, katholische Betriebsseelsorgerin

Infos: www.sonntagsallianz-hessen.de



„Pflege steht außer Konkurrenz – Es geht auch anders“. Informations- und Diskussionsabend am Internationalen Tag der Pflege

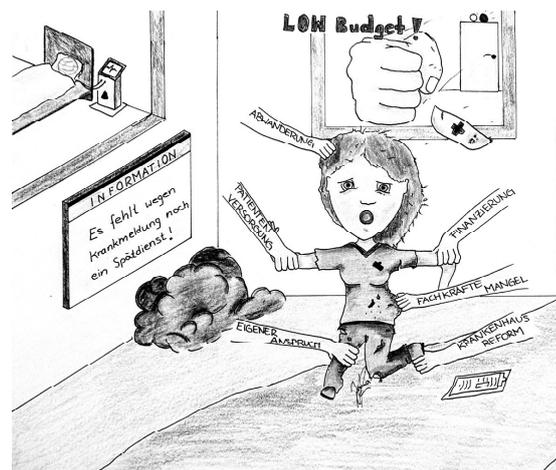
Ausgehend von der Situation des Pflegewesens in Deutschland und in unserer Region will der Abend den Blick in die europäischen Länder richten, in denen die Pflege eine andere d.h. höhere Bedeutung und Wertschätzung beigemessen wird und entsprechend anders organisiert ist. Im regionalen Netzwerk von Kooperationspartnern aus Kirche, Gewerkschaft und Initiativen laden wir am Internationalen Tag der Pflege ein, die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit der Pflegesituation hierzulande zu dokumentieren und den regionalen Bezug herzustellen.

Referentin: **Dr. Margret Steffen, Ver.di Bundesverwaltung,**
Fachbereich Gesundheit, Wohlfahrt und Kirchen, Bereich Gesundheitspolitik

Zeit: **12. Mai 2016, 19 Uhr**
Ort: **Groß-Gerau, Kulturcafe, Darmstädter Str.31**

Eine Kooperation u.a. vom Netzwerk Pflege Rüsselsheim, DGB Ortsverband Groß-Gerau, Bezirksfrauenrat ver.di Südhessen und der katholischen Betriebsseelsorge Rüsselsheim Südhessen

Info: **Ingrid Reidt, Kath. Betriebsseelsorge Rüsselsheim/ Südhessen** Bs.ruesselsheim@bistum-mainz.de



Alltägliche Schwierigkeiten in der Flüchtlingshilfe

Mal ehrlich: Wer von uns kann ohne Weiteres einen Hartz IV-Antrag, einen Antrag auf Befreiung vom Rundfunkbeitrag, den Antrag auf Aufnahme seines Kindes in einer Kita, den Antrag auf Hilfen durch das Bildungsteilhabepaket und geschweige denn einen Antrag auf Asyl ausfüllen? Und das dann noch auf Arabisch? Weil es alle Anträge in dem Land, in das man flüchten musste, ein Land mit der Amtssprache Arabisch ist und es diese Anträge „natürlich“ nicht auf Deutsch gibt! Man wäre dann auf fremde Hilfe angewiesen. Angenommen in der zugewiesenen Unterkunft leben 80 Menschen und es gibt einen Sozialarbeiter, der beim Ausfüllen helfen kann. Der Sozialarbeiter spricht allerdings kein Deutsch, aber sehr gut Englisch. Man kann ihm Anträge gut auf Englisch erzählen, sodass er alle Anträge ordnungs- und wahrheitsgemäß auf Arabisch ausfüllen kann. Die Flüchtlinge erwarten „natürlich“, dass er oder sie zu allen anstehenden Fragen gut fundierte Auskünfte erteilen kann. Wer würde nicht ungeduldig und ärgerlich, weil es eben nur einen Sozialarbeiter für alle gibt?

Die Flüchtlinge haben einen wochen- und monatelangen Fluchtweg hinter sich und an Papieren nur ihren Reisepass oder Personalausweis dabei, wenn sie diese Papiere nicht ihren Fluchthelfern überlassen mussten. Wer weiß schon alle wich-

tigen Informationen und Daten seines Lebenslaufes auswendig? Stellen Sie sich vor, Sie wären einer dieser Flüchtlinge in Arabien, in einem fremden Land, mit fremder Kultur und fremder Sprache! Dann müsste geklärt werden, ob sie einen Sprachkurs in arabischer Sprache besuchen können. Das Problem kann sein, dass alle Anbieter von Sprachkursen nicht genügend Kapazitäten für alle geflüchteten Menschen haben. Alle Sprachschulen, Volkshochschulen und Arbeitsämter haben nicht genügend Sprachlehrer und nicht die finanziellen Mittel, die notwendige Zahl an Sprachkursen anzubieten. So kann man nur schwer oder nie Arabisch lernen!

So wie unserem fiktiven deutschen Flüchtling in einem arabischen Land, geht es aktuell vielen Flüchtlingen in Rüsselsheim. Nämlich genau diese Probleme haben die geflüchteten Menschen, aber auch die für sie arbeitenden Sozialarbeiter. Alle Anträge gibt es nur auf Deutsch, nicht auf Arabisch, nicht auf Urdu oder in sonst einer Sprache der Kriegsflüchtlinge.

Und mal ehrlich und Hand aufs Herz: Wer würde in einem Land bleiben, in dem Krieg oder Bürgerkrieg herrscht? Ich nicht! Ich würde flüchten!

Hans-Peter Greiner



Die AfD - Keine Alternative für Deutschland

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen vom 6. März 2016 waren erschreckend, da die AfD zweistellig abschloss. Und auch die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt waren niederschmetternd. Unabhängig vom Abschneiden von SPD, CDU, Grünen und der Linken konnte die AfD, die sich bereits seit Monaten mit ihrer rechtspopulistischen Politik angekündigt hatte, beängstigende Erfolge verbuchen. Die AfD tritt in Teilen schärfer und verbal gewalttätiger auf als die NPD. Es ist seit 1949 einmalig, dass eine rassistische Partei bei allen Landtagswahlen eines Abends aus dem Stand heraus zweistellig geworden ist. Auf Grundlage einer hetzerischen, rassistischen, Frauen- und Arbeitnehmerfeindlichen Politik, die offen Geflüchtete für nahezu alle Missstände in der Bundesrepublik verantwortlich erklärt, konnte die AfD in die Landtage einziehen.

Seit Jahren nehmen Wohnungsnot und soziale Kürzungen beängstigend zu, während auf der anderen Seite Großprojekte wie der Ausbau des Frankfurter Flughafens vorangetrieben werden. Von den Milliarden-Ausgaben die der Staat bereit ist auszugeben profitieren vor allem die Unternehmen und Konzerne, während sich der Großteil der Bevölkerung mit der stetigen Verschärfung

der sozioökonomischen Lage auseinander setzen muss. Die Schließung von Büchereien, Schwimmbädern und die Problematik der fehlenden Kindergartenplätze und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind nur ein kleiner Teil der langen Liste, die man hier weiter führen könnte. In den neuen Bundesländern treten die Auswirkungen dieser neoliberalen Politik in verschärfter Form auf. Die Rechtspopulisten der AfD greifen diese seit Jahren bestehenden Probleme auf, verschleiern allerdings die wahren Zusammenhänge und Gründe für diese Probleme. Stattdessen versuchen sie mit der Hetze gegen Geflüchtete oder die Verbreitung von Verschwörungstheorien Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Dies gelingt ihnen trotz absurdesten Aussagen von Parteivorständen, die dazu auffordern Gebrauch von Schusswaffen gegen Geflüchtete zu machen. Diese Hetze spaltet die Gesellschaft und spielt den Interessen der Herrschenden in die Hände.

Solidarisch für eine bessere Gesellschaft

Hintergrund der AfD-Erfolge ist, dass viele Wähler schlichtweg von der aktuell führenden Politik enttäuscht sind. Sie gibt vor, die Schichten der Gesellschaft anzusprechen, die am meisten von prekärer Arbeit, Wohnungsnot und Armut betroffen sind.

Schaut man sich jedoch das Parteiprogramm dieser nach außen rechtspopulistischen und im Kern klar rassistischen Partei genauer an, so sieht man eine klare Linie gegen sozial Benachteiligte und Arbeitnehmer. Die AfD ist nicht nur rassistisch, sie ist auch eine Wirtschaftspartei.

Dass die AfD in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 24 Prozent erreichte, ist mehr als alarmierend! Um es deutlich zu sagen: der Vormarsch der AfD hin zu einer politischen Kraft in



Deutschland muss jedem Demokraten und jeder Demokratinnen Sorgen bereiten. Nur gemeinsam ist es möglich Missstände in der Gesellschaft zu beheben. Dem Rassismus müssen wir dort entgegenzutreten, wo dieser sich äußert, in der Uni, im öffentlichen Leben, auf der Arbeit, im Alltag und im Netz. Wir benötigen überall breite, bunte, schlagkräftige Bündnisse, auch gegen die AfD.

Erhan Nakis DIFD

DIFD (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.) wurde im Dezember 1980 als Dachverband von Vereinen aus der Türkei gegründet und ist eine Migrantenselbstorganisation.

Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt erhalten!



Mit einem dramatischen Patt endete im Juli 2014 die Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung über den Antrag, die Schließung der Hauptmann-Schule aus dem Schulentwicklungsplan heraus zu nehmen. Damit wäre die Schule bis zum Schuljahr 2021/22 ausgelaufen. Als Begründung wurde im SEP vor allem angeführt, dass die Sanierungskosten für die Hauptmann-Schule viel zu hoch wären und neben der Errichtung einer neuen Schule (KGS am Standort der Friedrich-Ebert-Schule) finanziell nicht zu leisten sei. Außerdem befürchtete man inzwischen, dass neben den 3 bestehenden Gymnasien in Rüsselsheim der Bedarf für weitere mindestens 2 Gymnasialklassen an der neu zu gründenden Kooperativen Gesamtschule nicht gegeben sei.

Vom Bürgerbegehren zum Bürgerentscheid

Hatte sich im Vorfeld schon heftiger Widerstand in der Hauptmann-Schule und im Stadtteil Königstädten geregt und sich in vielen kreativen Aktionen geäußert, formierte sich nun erst recht ein Widerstand, der nicht nur getragen war von der Schulgemeinde, sondern auch von vielen Bürgern des Stadtteils Königstädten und ganz Rüsselsheims.

Der Slogan: „Wir sind mehr als ein Gebäude!“ wurde zum Leitmotiv eines sich ständig erweiternden Bündnisses zum Erhalt der Schule. Da die Hauptmann-Schule vielen Vereinen Versammlungsräume bietet, die bei Schließung des Gebäudes kaum Alternativen hätten, war hier das Enga-

gement besonders groß und eine Bürgerinitiative arbeitete auf die Durchführung eines Bürgerentscheides hin. Zunächst wurden im Rahmen eines Bürgerbegehrens 5.500 Unterschriften gesammelt, fast doppelt so viele wie nötig. Zu diesem Zeitpunkt hätten Magistrat und Stadtparlament einlenken können – sie hatten aber kein Einsehen und ließen es auf einen Bürgerentscheid ankommen, wohl in der Hoffnung, dass sich die meisten Rüsselsheimer/innen nicht für die Probleme des Ortsteils Königstädten interessieren. So wurde am 22. März 2015 der erste Bürgerentscheid Rüsselsheims durchgeführt. Dieser verfehlte mit nur 1104 Stimmen das in Hessen sehr hoch angesetzte Quorum von 25% Zustimmung der Wahlberechtigten Rüsselsheims, das hieß im Umkehrschluss aber auch, dass insgesamt 9890 Bürger/-innen Rüsselsheims sich für den Erhalt der GHS ausgesprochen hatten. Das waren pikanterweise über 3000 Stimmen mehr als Patrick Burghardt bei der Wahl zum Oberbürgermeister erhielt. Auch wenn der Bürgerentscheid am Quorum gescheitert war, war er politisch ein Erfolg.

Rüsselsheim braucht einen schulpolitischen Neustart

Die hohe Zustimmung für den Erhalt der Stadteilschule GHS blieb nicht nur ein Achtungserfolg. Letztlich mussten auch CDU und Grüne einsehen, dass ihre schulpolitischen Vorstellungen nicht durchsetzbar sind und so entschied die Stadtverordnetenversammlung dem Vo-

tum der Bürger/-innen zu folgen und stimmte mit großer Mehrheit für den Fortbestand der Hauptmann-Schule.

Die Begleitmusik war allerdings irritierend. Der CDU Fraktionsvorsitzende Thorsten Weber formuliert, dass sich die GHS jetzt „einem Stresstest“ unterziehen müsse. Zwar soll nach Auffassung Webers die Schule nun erhalten bleiben, aber bis zur Vorlage eines neuen Schulentwicklungsplans in 4-5 Jahren müsse sie „zeigen, ob sie Bestand hat“. Über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus dürfe sie keine städtischen Mittel erwarten. Mit einer „Gnadenfrist“ jedoch kann sich keine Schule vernünftig weiter entwickeln, auch wenn mittlerweile alle Parteien sich für ihren Erhalt aussprechen. Wie wenig motivierend das für die Schulentwicklung ist, wissen auch Park- und Ebertschule aus eigener Erfahrung.

Darum gilt weiterhin das, was der GEW Kreisverband GG seit Vorlage des SEP einfordert: Kommunale Schulentwicklungsplanung kann nur gelingen, wenn die Betroffenen, das heißt auch die Schulen selbst in den Diskussionsprozess mit einbezogen werden und über die Entwicklung der gesamten schulischen Landschaft reflektiert wird.

Diese Diskussion ließ leider bisher auf sich warten. Vielleicht ermöglicht die nach der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung im März geänderte Zusammensetzung des Rüsselsheimer Stadtparlaments auch neue Perspektiven für die Schulentwicklung in Rüsselsheim.

Karola Pruschke-Löw

an die fünfzehn

prozent wart ihr also in rüsselsheim raunheim und anderswo

das volk seid ihr in ost und west ohne die anderen fünfundachtzig

wir schaffen das nicht meint ihr – doch ein wenig zuversicht täte not

nicht in die da oben aber in euch und in uns

lasst euch nicht besorgen von denen die es nicht gut meinen mit euch und uns

setzt euch ein – doch nicht in die nesseln derjenigen die WIR sagen und nur an SICH SELBST denken

kämpft – aber nicht gegen sondern mit euren nachbarn – den vertrauten und den fremden

wiegt euch nicht in den alten sicherheiten – die erinnerung trägt: sicher waren sie nie

aber besinnt euch - wir im christlichen abendland nannten dieses einmal Werke der Barmherzigkeit:

strukturen der ungerechtigkeit bekämpfen und mit den armen solidarisch sein

(im Jahr der Barmherzigkeit 2016 nach Jesaja 58, 1-14)

hans-peter greiner

Wegducken und Disziplinierung statt ernsthaftem Dialog



Die Bildungspolitik der schwarz-grünen hessischen Landesregierung gibt nach wie vor massiven Anlass zur Kritik. Auf Unmut stößt vor allem auch der Umgang des Kultusministeriums mit den Sorgen und Nöten der Lehrerinnen und Lehrer. In der Maizeitung 2015 wurde der „Hilferuf Rüsselsheimer Grundschullehrkräfte“ vorgestellt. Der Hilferuf geht auf eine Initiative Rüsselsheimer Schulpersonalräte zurück und wurde von fast allen Rüsselsheimer Grundschullehrer/innen unterschrieben. Er fasst die zunehmende Arbeitsbelastung der Kolleg/innen zusammen und macht deutlich, dass ein „weiter so“ nicht mehr möglich ist: „Die Arbeitsbelastungen an den Grundschulen erhöhen sich kontinuierlich, ohne dass die politisch Verantwortlichen auch nur in Ansätzen über substantielle Verbesserungen nachdenken.“

Keine befriedigende Antwort

Bestand zunächst noch die Hoffnung, dass es zu einer offenen Diskussion mit Kultusminister Lorz kommen könnte, so ließ eine direkte Antwort auf sich warten. Immerhin hatten sich die Rüsselsheimer Grundschullehrer/innen, die ja auch Bürger/innen

des Landes Hessen sind, in eben dieser Rolle als Bürger/innen an die Politik gewandt. Doch die Politiker tauchten ab - der CDU-Kultusminister Lorz ebenso wie der grüne Bürgermeister Grieser - vermieden die Diskussion. Nach über vier Monaten erhielten dann die „Schullehrerinnen und Schulleiter“ der Rüsselsheimer Grundschulen ein Schreiben des Staatlichen Schulamtes, das vom HKM den Auftrag erhalten hatte, den Rüsselsheimer Kolleg/innen zu antworten. Wirkliche Einsicht in die von den Kolleg/innen zu tragende Überlast an Arbeit wurde aus der aus Textbausteinen des Ministeriums zusammengesetzten Antwort nicht ersichtlich.

Die grundsätzliche Haltung des Ministeriums charakterisiert der folgende Satz: „Dass sich in einer immer weiter entwickelnden Gesellschaft Aufgabenfelder verändern und an den Einzelnen teilweise höhere Anforderungen gestellt werden als noch vor zehn oder zwanzig Jahren, ist – auch wenn man es bedauern mag – eine Begleiterscheinung der heutigen Zeit und betrifft alle Berufs-zweige.“ Zum Schluss des Schreibens wurden die Kolleg/innen ermahnt „bei zukünftigen Eingaben den Dienstweg zu beachten“.



Disziplinarverfahren einstellen

Ebenfalls den Dienstweg verlassen hatten über 6.000 hessische Lehrer/innen, die sich an einem eintägigen Warnstreik am 16. Juni 2015 beteiligten. Anlass des Warnstreiks war die Entscheidung der schwarz-grünen Koalition, die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst vom April 2015 nicht auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen und diesen eine 18-monatige Nullrunde zu verordnen.

Am 1. April 2016 trat nun die zweite Stufe der Tarifvereinbarung in Kraft, die mit einer Erhöhung der Gehälter der Angestellten um weitere 2,4%

verbunden ist. Statt spätestens jetzt mit den Gewerkschaften über eine Übertragung der Tarifierhöhungen auf die Beamtinnen und Beamten zu verhandeln, führt die Landesregierung gegen 6.000 hessische Lehrerinnen und Lehrer aufwändige Disziplinarverfahren wegen eines vermeintlichen Dienstvergehens durch, für die sogar zusätzliche Juristinnen und Juristen als „Ermittlungsführer“ eingestellt wurden.

Die GEW vertritt die Auffassung, dass nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auch Beamtinnen und Beamten, die keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen, das Streikrecht zusteht. Sie sieht in diesen Verfahren eine wei-

tere Provokation durch den Arbeitgeber: Während die jahrzehntelange aufreibende Arbeit weit über die Dienstpflichten hinaus unbeachtet bleibt, wird die Teilnahme an einem eintägigen Warnstreik, der nichts anderes als demonstrativen Charakter haben kann, zum staatsgefährdenden Akt stilisiert.

Mitgliederversammlungen der GEW-Kreisverbände Groß-Gerau und Main-Taunus forderten in einstimmig angenommenen Resolutionen, alle Disziplinarverfahren gegen verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer einzustellen und bekräftigten die Forderung nach einer Übertragung des Tarifiergebnisses vom April 2015 auf die Beamtinnen und Beamte.

Bernd Heyl

Zurück zur paritätischen Finanzierung

Die Lohnnebenkosten sind zu hoch und verhindern die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies war eine der Begründungen der Agenda 2010, um sich von der paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens zu verabschieden. Die neoliberale Strategie setzte vielmehr auf Eigenverantwortung und -vorsorge der Bürger.

Die Folgen dieses der Solidarität in der Gesellschaft untergrabenden Vorgehens konnte jede/r ArbeitnehmerIn auf der Lohnabrechnung im Januar ablesen – in Form teils drastisch gesteigener Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung. Und für die Rentner folgte das böse Ende mit Auszahlung der März-Rente.

Schon die Begründung, sich von der Parität zu verabschieden, war eine ideologische, und die Entwicklung der letzten Jahre zeigt endgültig ihre Widersprüche auf. Die Lohnquote sinkt beständig, der Arbeitsmarkt im Niedriglohnbereich boomt und Deutschland exportiert Arbeitslosigkeit in die Länder des Südens. Für die Arbeitnehmer fehlt jeglicher Spielraum zur Eigenvorsorge, die ja auch in der Altersvorsorge gefordert ist. Damit leistet die unsolidarische Lastenverteilung im Gesundheitswesen ihren Beitrag zur weiteren Spaltung der Gesellschaft in arm und reich.

Die zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Rentnern und Rentenversicherung getragene Finanzierung der gesetzlichen

Krankenversicherung entspricht dem Solidargedanken in der Gesundheitsvorsorge. Sie gehört zu den Grundprinzipien des Sozialstaats.

Deshalb fordern wir:

- die sofortige Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung
- keine einseitige Belastung von ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen bei der Finanzierung von Innovationen und Reformen im Gesundheitswesen
- die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hin zu einem einheitlichen, solidarischen und gesetzlichen Krankenversicherungssystem, das alle BürgerInnen mit einbezieht und in der alle Einkünfte zu Beiträgen herangezogen werden

Hans-Peter Greiner
Kath. Arbeitnehmerbewegung



Weitere Informationen und Listen für die laufende Unterschriftenaktion gibt's hier:

<http://www.kab-fulda.de/themen/gesundheitswesen/unterschriftenaktion-paritaet/>

Mensch und Umwelt zum Maßstab für Verkehrsentwicklung machen!



Der Frankfurter Flughafen und der von ihm ausgehende extrem gesundheitsschädliche Lärm und Schmutz (z.B. Ultrafeinstaub) hat schon lange jedes erträgliche Maß überschritten. Diese Bedrohungen unserer Gesundheit und der Entwicklungsbedingungen unserer Kinder (Norah-Studien) sowie der Umwelt und des Klimas (NGO-Studien) werden inzwischen von wissenschaftlicher Seite detailliert aufgezeigt und von amtlicher Seite (z.B. Bundesumweltamt) auch gar nicht bestritten. Hinzu kommt, dass für den Luftverkehr keine umweltverträgliche Antriebsvariante in Sicht ist. Dennoch schreiben die Planungen der EU die Entwicklung einfach fort und sehen eine Verdoppelung dieser schädlichsten Verkehrsart in den nächsten 20 Jahren vor.

Demgegenüber fordern wir eine Beschränkung des Flugverkehrs aus klimapolitischen Gründen auf das Notwendigste und seinen weitestmöglichen Ersatz durch alternative Verkehrsträger. Voraussetzung dafür ist die Beendigung der Subventionierung des Flugverkehrs und die Anrechnung der externen Kosten (Umwelt, Gesundheit) auf den Flugpreis. Wo immer möglich muss Verkehrspolitik die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf Züge und Busse anstreben (in Frankfurt fast ein Viertel der Flugbewegungen). Außerdem sollte ein innerstädtischer

Flughafen wie der Frankfurter aus gesundheitspolitischen Gründen keinesfalls sich als Umsteigezentrum entwickeln dürfen (fast die Hälfte der Passagiere). Genau dies aber will die Fraport durch den Bau des Terminal 3 forcieren, denn sie macht ihre Gewinne zunehmend durch die Umsätze außerhalb des Flugbetriebs. Dass die Menschen der Region für diese Profite aus verkehrsfremem Geschäftsbetrieb die Steigerung des Flugverkehrs mit all den Lebens Einschränkungen hinnehmen sollen, ist eine menschenverachtende Zumutung!

Wir, die Initiative Rüsselsheim

gegen Fluglärm und für volle Nachtruhe versuchen dagegen mit Saalveranstaltungen, Presseveröffentlichungen, Flugblättern, Anträgen an die Stadtverordneten, eigenen Aktionen sowie der Unterstützung der Aktionen des Bündnisses der Bürgerinitiativen BBI unseren Beitrag zu leisten für eine Rücknahme des Flughafens auf ein erträgliches Maß.

Dieter Stork



Ausgeplünderte Griechen – gierige Deutsche?

Die Überschrift in der Maizeitung 2015 lautete „Gierige Griechen – ausgeplünderte Deutsche?“

Die Antwort war, dass bis dahin die Mehrheit der Griechen mit Lohnsenkungen, Rentenkürzungen, einem Teilzusammenbruch der Gesundheitsversorgung ausgeplündert wurden und „gierige“ griechische Oligarchen und „gierige“ deutsche Banken von den „Rettungsaktionen“ und der deutsche Staatshaushalt von den massiven Zinsvorteilen profitiert haben.

Anfang Juli 2015 kam es dann mit dem klaren Nein im Referendum der griechischen Bevölkerung und dem erpressten Ja der griechischen Regierung zu fast allen „Reform“-Aufgaben der Quadriga (EU-Kommission, EZB, ESM und IWF) zu einem auch medial intensiv begleiteten dramatischen Knotenpunkt der Entwicklung. Seither und insbesondere in den letzten Wochen ist Griechenland medial fast ein Niemandsland, abgesehen von Lesbos im Süden, wo Flüchtlinge aus der Türkei, so sie die Überfahrt überleben, ankommen und Idomeni an der Nordgrenze, wo sie in Schlamm und Elend feststecken.

Dazwischen versucht die Syriza-Regierung, sowohl die Forderungen der Gläubiger zu erfüllen als auch ihr Versprechen, die negativen Auswirkungen durch ein „Parallelprogramm“ zu mildern, einzuhalten. So wurde - für 2,5 Millionen - bisher nicht krankenversicherten Menschen voller Versicherungsschutz gewährt, erstmals seit 2009 im öffentlichen Gesundheitswesen wieder Ärzte und Krankenschwestern eingestellt. Diese Minimalmaßnahmen machen aber das entstandene Netz von solidarischen Strukturen nicht überflüssig. Besonders erfolgreich sind die solidarischen Arztpraxen, Kliniken und Apotheken, die Griechinnen und Geflüchteten kostenlose ärztliche und medizinische Versorgung zur Verfügung stellen.

Aber allein in Athen gibt es inzwischen rund zwanzig solcher Initiativen, die ausschließlich von unbezahlten Freiwilligen betrieben und durch Spenden finanziert werden.

Wer profitiert von Privatisierungen?

Das Bruttoinlandsprodukt ist, verwunderlich nur für naive Propagandisten der aufgezwungenen Austeritätspolitik, seit 2008 um etwa 40% gefallen. Die Arbeitslosenrate liegt weiterhin über 25 Prozent. Aber könnten die Griechen denn ihre Wirtschaft nicht durch die Einnahmen aus den vereinbarten Privatisierungen in Schwung bringen? Hier hat die Quadriga festgelegt, dass erst nach dem 25 Mrd. Verkaufserlöse den Gläubigern zu Gute gekommen sind, die Hälfte der weiteren Erlöse für Investitionen im Land verwendet werden darf. Und das heißt, dass voraussichtlich kein Cent in Investitionen gehen wird. In der momentanen Situation sind die Verkaufspreise extrem niedrig und bisher profitiert haben davon in erster Linie ausländische Konzerne und griechische Oligarchen. Einer der profitierenden Konzerne ist unser „guter Nachbar“ Fraport. Sie übernimmt 14 profitable griechische Flughäfen insbesondere auf den Ferieninseln. Sollte Fraport „liebe Mitarbeiter“ entlassen, hat der griechische Staat sie zu entschädigen. Werden Beschäftigte bei Arbeitsunfällen verletzt oder sterben, muss ebenfalls der Staat zahlen. Sollten durch Gesetzesänderungen (etwa im Arbeitsrecht) zusätzliche Betriebskosten entstehen, muss die Regierung Fraport entschädigen. Das Unternehmen hat auch Anspruch auf Entschädigung bei Streiks. So wird erneut durch die Ausplünderung der griechischen Gesellschaft die strukturelle Gier eines deutschen Unternehmens befriedigt.

Heinz-Jürgen Krug

handelsgerichte „ohne Grundlage und Notwendigkeit“.

Die Streichung der Wörter „Regulatorischer Rat“ im „geleakten“ neuesten Entwurf bei Beibehaltung seiner Funktionen ist dreist.

Die geplante „Schnellspur“-Abstimmung über Ja oder Nein ohne Änderungsanträge für Abgeordnete macht das Parlament lächerlich. Freihandel nutzt nur den Starken, macht die Ungleichheit und Armut im Welthandel größer, zwingt zusätzlich zu den Klimaveränderungen immer mehr Menschen zur Flucht. **Der Protest muss immer breiter werden: In den Betrieben, auf Versammlungen, in Parteien: Überall!**

Herbert A. Debus, Sprecher

Aktionsbündnis gegen TTIP, CETA, TISA

TTIP - CETA - TISA: Volksverdummung mit Betrugsabsicht für Freihandel mit Freiheit für wen?

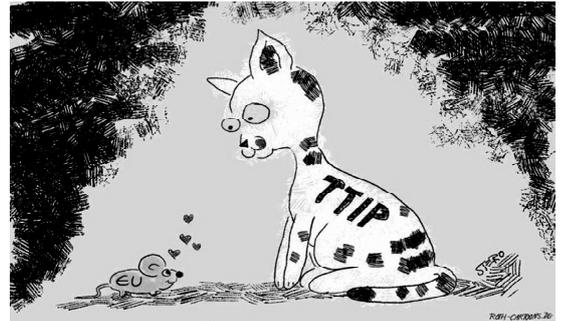
WIR wissen es und „SIE“ wissen es: TTIP wirft fette Brocken für die großen Finanz-, Industrie- und Agrar-Konzerne besonders der USA ab, Krümel für den Mittelstand und Staub für den Rest der Menschheit. TTIP ist der Versuch, die Vorherrschaft des reichsten 1% der Menschheit über die 99% zu sichern, die Vorherrschaft der großen Industrieländer in Patenten, Standards, Normen und Maßnahmen über die sich entwickelnden Nationen zu sichern.

- und die Daseinsvorsorge in den Kommunen: Wasser und Abwasser, Energie, Zuschüsse für Kitas, Ausschreibungsbedingungen für Firmen: Mindestlohn, Tarifföhne ...

Die Volksverdummung ist enttarnt: Sogar der Deutsche Richterbund sieht Gabriels Ablenkungsversuch von der Kritik an privaten Schiedsgerichten im Streit zwischen Staaten und Investoren auf Sonder-

Die Folgen:

- Abgabe wesentlicher Gesetzgebungsfreiheit an einen regulatorischen Rat von Spezialisten der US-Regierung und der europäischen Kommission: Niedergang der Demokratie
- Gefahr milliardenschwerer Vertragsstrafen durch Sondergerichte bei Gesetzgebung, die Investitionsprofite schmälern könnte
- Angriff auf alle Hemmnisse für Investitionsgewinne: Umweltschutz, Mindestlohn



Wenn die Maus mit der Katze liebäugelt, ist sie selbst schuld, wenn Sie gefressen wird.

Rüsselsheim „TTIP-freie Kommune“ Resolution mit klaren Forderungen zu TTIP/CETA/TiSA verabschiedet



Am 3. Februar beschloss die Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung eine Resolution mit den folgenden Hauptkritikpunkten an Verhandlungen und bisher bekannten Inhalten der Investitionsschutz/Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Die Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung kritisiert:

1. Es droht die Beschneidung von Demokratie, deshalb fordert die Stadtverordnetenversammlung:
 - die kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge darf nicht eingeschränkt werden
 - Re-Kommunalisierungen müssen weiterhin jederzeit und uneingeschränkt möglich sein, deshalb werden Stillstands- und Ratchetklauseln abgelehnt. [Standstill-Klauseln fixieren den Status quo bei Liberalisierungen/Privatisierungen/Deregulierungen; Ratchet (Sperrklinken)-Klauseln verlangen, dass auch künftige Liberalisierungen zu Vertragsverpflichtungen werden.]
2. Die in den Abkommen vorgesehenen Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch beschlossene Gesetze darf es nicht geben
3. Angesichts der Intransparenz der bisherigen Verhandlungsprozesse fordert die Stadtverordnetenversammlung einen vollständigen öffentlichen Einblick in

alle Verhandlungsdokumente sowie eine Mitwirkung der kommunalen politischen Ebene.

Eine Initiative des Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit

Der Antragstext war im Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit (Kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kinderschutzbund, Attac) auf Initiative der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und der Globalisierungskritiker von Attac erarbeitet und an alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung übergeben worden. Die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität übernahm den Text und schlug allen anderen vor, den Text als gemeinsamen Antrag einzubringen. Die Grünen und zwei fraktionslose Stadtverordnete schlossen sich an. Die SPD brachte unmittelbar vor Antragsabgabeschluss einen konkurrierenden, weichgespülten Antrag ein, in dem z.B. formuliert wird, dass „der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge gemäß den Festlegungen des

Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD gesichert wird“. Untersucht frau/man die entsprechenden Formulierungen im Koalitionsvertrag, wird klar, dass dadurch ein wirklicher Schutz gerade nicht gegeben ist. Außerdem fehlte in dem SPD-Antrag eine klare Formulierung gegen Sondergerichte ebenso wie die konkrete Aufforderung an Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestages und des Europäischen Parlaments bei Nichterfüllung der in dem Beschluss dargelegten Forderungen die Ratifizierung abzulehnen.

Bis zur Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung ließ sich die SPD-Fraktion aber noch von den Mängeln des eigenen Antrags und der Sinnhaftigkeit der Forderungen im Aktionsbündnis-Antrag überzeugen und sorgte somit für eine deutliche Mehrheit. Der verweigerten sich lediglich die CDU-Stadtverordneten und zwei der CDU nahestehende fraktionslose Abgeordnete.

Heinz-Jürgen Krug

1. Mai 2016: Zeit für mehr Solidarität

DGB

Die politischen Herausforderungen sind in diesem Jahr groß: Flüchtlingskrise, ein Staat, der sich kaputtspart und ein Rechtsruck bei den Landtagswahlen. Es ist „Zeit für mehr Solidarität“, so das diesjährige Motto des 1. Mai und der Gewerkschaften, als solidarische Antwort auf die drängenden Probleme.

Die Binnenkonjunktur und der Arbeitsmarkt sind stabil, nicht zuletzt auf Grund des gesetzlichen Mindestlohns. Dass die Gewerkschaften mehr Gewicht in der politischen Debatte haben und in der Diskussion um Zukunft der Arbeit in der digitalen Wirtschaft der Mensch und nicht die Technik steht, ist ebenso Verdienst der Gewerkschaften.

In vielen Ländern Europas sind die Perspektiven für die Menschen deutlich schlechter. Schuld an der Entsolidarisierung sind nicht die Flüchtlinge, sondern die verfehlte Austeritätspolitik, die vor allem junge Menschen in die Arbeitslosigkeit treibt. Ein Politikwechsel hin zu einem sozialen und solidarischen Europa ist daher dringend notwendig. Ein besseres Management in der Flüchtlingskrise, ein funktionsfähiger Staat und mehr Aufklärung können verhindern, dass Flüchtlinge und benachteiligte Menschen in unserem Land gegeneinander ausgespielt werden.

Deutschland ist ein reiches Land. Es ist auch genügend Geld für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und Personaleinstellungen da. Daher ist das Dogma der „schwarzen Null“ falsch. Notwendig ist vielmehr eine solidarische Steuerreform mit gerechten Steuern und eine gerechtere Verteilung zwischen Reich und Arm.

Es ist höchste „Zeit für mehr Solidarität!“

Bernd Schiffler, DGB-Kreisvorsitzender

